Unternehmensverbände kritisieren Entlastungsprämie

24.04.26 | Berlin

Unternehmensverbände kritisieren Entlastungsprämie

UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp im Interview mit rbb24 Inforadio

Interview

Unternehmensverbände kritisieren Entlastungsprämie

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg üben Kritik an der freiwilligen Entlastungsprämie der Bundesregierung. Sie belaste Unternehmen und führe zu Konflikten, sagt Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp.

Tankrabatt und Entlastungsprämie – das sind die zwei Maßnahmen, für die sich die Bundesregierung entschieden hat, um die Menschen in der aktuellen Energiepreiskrise zu entlasten. Der Tank-Rabatt wurde am Freitag beschlossen und greift ab dem 1. Mai. Die Entlastungsprämie wurde auf den Weg gebracht und soll in zwei Wochen beschlossen werden. Dann sollen Arbeitgeber ihren Beschäftigten steuerfrei bis zu 1000 Euro zahlen können.

Unternehmerverband: Unternehmen sind nicht liquide genug für die Prämie

Alexander Schirp ist der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg. Er glaubt, dass nur ein kleiner Prozentsatz der Unternehmen in seinem Verband eine solche Prämie bezahlen werde: „Wir befinden uns in einer veritablen Wirtschaftskrise und gerade die kleinen Unternehmen sind da besonders betroffen und gerade die werden es schwierig haben. Und dort sind die meisten Menschen in der Region beschäftigt."

Die Idee der Prämie ist, dass die Unternehmen ihren Mitarbeitenden jeweils 1000 Euro zahlen und dieses Geld dann von der Steuer absetzen können. Doch das funktioniert nicht, sagt Schirp, da viele Unternehmen nicht liquide seien und sich von Monat zu Monat hangelten: „Da ist es keine große Hilfe, wenn irgendwann in einem zukünftigen Termin vielleicht mal eine Steuerrückerstattung kommt. Dann hat man vielleicht schon im schlimmsten Fall den Insolvenz -Tatbestand der Zahlungsunfähigkeit erreicht."

Schirp: Unternehmen brauchen selbst Entlastung

Außerdem bedauert der Verbands-Geschäftsführer, dass diese Idee der Bundesregierung zu Konflikten führe, weil vielen Beschäftigten nicht klar sei, dass es sich um eine freiwillige Leistung handele: „Die stehen jetzt schon an [des Unternehmers] Tür und sagen, wann gibt es das Geld. Und es gibt enttäuschte Erwartungen und im schlimmsten Fall Konflikte. Und auch das ist ja in einer Krise das Gegenteil von dem, was benötigt wird."

Stattdessen bräuchten die Unternehmen selbst Entlastung bei ihren Ausgaben, sagt Schirp: „Bei den Steuern, Sozialausgaben, Bürokratielasten, Energiekosten. Das ist ja alles seit ewigen Zeiten in der Diskussion. Da kommt nur wenig bis nichts und stattdessen, wie gesagt, kommt jetzt die Idee einer zusätzlichen Belastung. Und das passt aus unserer Sicht nicht in der Zeit."

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Sendung vom 24. April 2026

zum Beitrag bei rbb24 Inforadio

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF